

Asyl für Assange

Sevim Dagdelen

Die Entscheidung des Supreme Court, im Auslieferungsverfahren gegen den Journalisten und Wikileaks-Gründer Julian Assange keine Berufung zuzulassen, ist enttäuschend, war leider auch erwartbar. Über ihm schwebt weiter das Damoklesschwert der Auslieferung in die USA, wo ihm wegen der Enthüllung von Kriegsverbrechen der US-Armee und Folter des Geheimdienstes CIA eine Haftstrafe von bis zu 175 Jahren droht.

Die unerbittliche politische Verfolgung Julian Assanges währt seit der Veröffentlichung des Videos „Collateral Murder“ im April 2010 durch Wikileaks, das die kaltblütige Ermordung irakischer Zivilisten, darunter zwei Mitarbeiter der Nachrichtenagentur *Reuters*, dokumentiert, aufgezeichnet von der Bordkamera eines Apache-Kampfhubschraubers über den Dächern von Bagdad. Die Aufnahmen erregten international Aufsehen und stellten die Besatzer des Irak in aller Welt als Mörder bloß. Seit bald zwölf Jahren sinnt Washington auf Rache, versucht mit fadenscheinigen Gründen, dreisten Lügen und juristischen Winkelzügen Julian Assanges, des Enthüllers von Kriegsverbrechen, habhaft zu werden – während der Kriegsverbrecher George W. Bush, verantwortlich für Hunderttausende Tote im Irak, unbehelligt auf seiner Ranch in Texas seinem Hobby frönen und Ölbilder malen kann.

Die politische Verfolgung bis hin zur physischen Vernichtung von Assange offenbart die ganze Doppelmoral westlicher Politik. Das anhaltende Schweigen der Bundesregierung in dem Fall, die sich allerorten einer vermeintlich wertgeleiteten Außenpolitik verpflichtet gibt, ist ein himmelschreiender Skandal.

Dem Ampelkabinett gehören fünf Minister an, die sich im vergangenen Jahr vor der Wahl für die Freilassung von Assange ausgesprochen haben. Heute fehlt ihnen das Rückgrat, bei den US-amerikanischen Amtskollegen auf ein Ende der Verfolgung zu drängen und bei den Briten darauf, eine Auslieferung an die USA nicht zu genehmigen und Julian Assange umgehend aus dem Gefängnis freizulassen. Die weitere Inhaftierung ist für ihn schlicht

lebensbedrohlich. Solange dem Dissidenten des Westens Schutz vor Verfolgung verwehrt und kein politisches Asyl angeboten wird, bleibt alles Beschwören von Menschenrechten in Russland oder China nichts als hohles Gerede.

Journalismus ist nirgendwo ein Verbrechen, und die Pressefreiheit muss auch dann verteidigt werden, wenn sie vom Weißen Haus unter Beschuss genommen wird.

Sevim Dagdelen ist Obfrau der Fraktion Die Linke im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages